Bezugspreis:
Vierteljährlich in Neuenbürg ℳ 66.—. Durch die Post im Orts- und Oberamtsverkehr, sowie im sonstigen inländischen Verkehr ℳ 66.— mit Postbestellgeld.

In Fällen von höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückerstattung des Bezugspreises.

Bestellungen nehmen alle Poststellen, in Neuenbürg außerdem die Austräger jederzeit entgegen.

Girokonto Nr. 24 bei der O.A.-Sparkasse Neuenbürg.

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Meeh'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Petitzeile od. deren Raum i. Bezirk 2.50 ℳ auswärts desselben 3.— ℳ einschließl. Inseratensteuer. Kollektivanzeigen 100 Proz. Zuschlag. Offerte u. Auskunfterteilung 150 ℳ. Reklame-Zeile 6 ℳ.
Bei größeren Aufträgen entsprechender Rabatt, der im Falle des Mahnverfahrens hinfällig wird, ebenso wenn Zahlung nicht innerhalb 4 Wochen nach Rechnungsdatum erfolgt.

Fernsprecher Nr. 4.
Für telefonische Aufträge wird keinerlei Gewähr übernommen.

№ 169. | Neuenbürg, Samstag, den 22. Juli 1922. | 80. Jahrgang.

Politische Wochenrundschau.

Der Reichstag ist in die Ferien gegangen. Mit Krach und Zwischenfällen, wie er begonnen, hat er auch geschlossen. Aber die drei Hauptgesetze zum Schutze der Republik hat er in dritter Lesung mit der vorgeschriebenen Zweidrittel-Mehrheit zu Stande gebracht. Die Deutsche Volkspartei hat für das Gesetz gestimmt; auch sie will die Republik schützen, hat also den Boden des Monarchismus endgültig verlassen. Auch die beiden anderen Vorlagen über die Aenderungen des Beamten-Disziplinargesetzes und über die Reichskriminalpolizei fanden ihre Mehrheit. Bayern hat bis zum letzten Augenblick Widerstand geleistet, und es ist zur Stunde noch nicht entschieden, ob es zur Landtagsauflösung, d. h. zur Befragung des Volkes kommt, oder ob die Regierung des Grafen Lerchenfeld andere Mittel und Wege finden wird, den letzten Rest der bayerischen Selbständigkeit, gegen den das Gesetz sich offensichtlich wendet, zu wahren. Auf keinen Fall darf es zum Bruche zwischen Bayern und dem Reiche kommen.

Auch die drohenden Reichstagsneuwahlen wurden vermieden. Auf die Arbeitsgemeinschaft der Mehrheitssozialdemokraten und der Unabhängigen hatten die bürgerlichen Koalitionsparteien mit dem Versuch einer gleichen Arbeitsgemeinschaft zwischen Zentrum und Demokratie auf der einen, der Deutschen Volkspartei und der Bayerischen Volkspartei auf der anderen Seite geantwortet. Das gab eine neue Krisis in der Koalition, die der Reichspräsident nach Unterbrechung seiner Fremdenstädter Ferien schlichten mußte. Aber es kam nicht zum Schlagen, man wollte sich doch lieber vertragen und schloß einen Pakt, den Handel bis zum Herbst zu vertagen. Dagegen bewilligte sich der Reichstag noch in aller Ruhe ein Monatseinkommen von 10 000 Mark pro Kopf, und dann war alles wieder gut.

Ja, wenn die auswärtige Politik nicht wäre! Wie konnte der Reichstag auseinandergehen, als schon bekannt war, daß die unerhörten Forderungen der Garantiekommission unter Frankreichs Führung uns neue Schlingen anlegen, an denen wir ersticken müssen, wenn sie aus den nachgesuchten Zahlungsaufschub erlassen sollen. Hätte man Gesetze zum Schutze der Republik in dem Sinne gemacht, daß wir Abwehrmaßnahmen gegen die Folgen des Mordfriedens von Versailles und gegen die immer wieder lehrenden Mordanschläge der Franzosen ergriffen hätten, wahrlich wie ein Mann hätte da ganz Deutschland mitgetan, und der Mörderbanden im Innern wären wir auch mit den Paragraphen des alten Strafgesetzbuches, ohne Verfassungsschnüffelei gegen die Beamten, ohne ein Gesetz gegen gesetzlich handelnde Parteien und ohne die Ausgabe von Millionen für Spitzel Herr geworden. Die Gerechtigkeit ist die Grundlage der Reiche. Sie erfordert den Schutz des Staates, wie er sich nach der Revolution gewandelt hat, aber einen Schutz mit gerechten Mitteln, die nicht auf dem Schlagwort beruhen dürfen: Der Feind steht rechts! Wir werden bald genug sehen, ob der Feind rechts oder links steht! Die allmählige Teuerung wird es schon zu Tage bringen.

Der Dollarkurs ist schon wieder auf 500 gestiegen. Die Londoner Konferenz ist von den Franzosen gesprengt worden. Der deutsch-russische Vertrag von Rapallo hat damit seinen Wert verloren. Lloyd George will mit Poincaré unterhandeln, hat aber eine Absage erhalten. Der französische Ministerpräsident wünscht zuerst Kenntnis von dem Bericht des Garantieausschusses zu nehmen, der möglicherweise die Grundlage für die Besprechung über die Entschädigungen geben kann. Tatsächlich wird in Berlin erzählt, der Garantieausschuß fordere die Ueberlassung von Pfändern in Gestalt von Industrieaktien und die Einführung einer sehr scharfen Finanzkontrolle in Deutschland. Alle Erfüllungspolitik, die unterhaft ehrlich genug und bis zur Grenze der Selbstachtung in Berlin getrieben wurde, hat uns nicht davor bewahrt, daß der Garantieausschuß eine Verfehlung Deutschlands gegen seine Pflichten feststellen sucht, um Frankreich die Handhabe zu schaffen für seine Gelüste auf unser rheinisch-westfälisches Industriegebiet zu schaffen. § 17 des zweiten Anhangs zum Friedensvertrag soll die Handhabe dafür bieten, den schlechten Willen Deutschlands nachzuweisen und es daraufhin unter Kontrolle zu stellen oder seiner industriellen Lebensader vollends zu berauben. Auch der Wiederherstellungsausschuß arbeitet in derselben Richtung.

Nun werden wir obendrein im Württ. Landtag noch ein Nachspiel zu dem Fall Keil-Bazille aus dem Reichstag erleben, wo in der letzten Sitzung der bürgerparteiliche Redner seinen Temperament die Zügel schießen ließ und sein sozialdemokratischer Gegner ihn durch Enthüllungen aus Personalakten mundtot zu machen suchte, indem er ihn einen Betrüger nannte und ein Disziplinarverfahren gegen den politischen Gegner und Untergebenen des Arbeitsministeriums ankündigte. Die Angelegenheit ist noch nicht geklärt, aber daß sie überhaupt in dieser Weise vor die Oeffentlichkeit kam, ist ein Zeichen unserer Zeit, in der es keine deutschen Brüder mehr gibt, sondern nur noch Feinde. Feinde drinnen und Feinde draußen!

Deutschland.

Stuttgart, 21. Juli. Der Bund gegen Wucher und Teuerung hat nach Bekanntwerden des Kompromißantrags der bürgerlichen Parteien zu dem Gesetz gegen Wucher und Schleichhandel an die bürgerlichen Parteien des Reichstags einen Protest gerichtet und vom Reichsjustizminister verlangt, zur wirksamen Bekämpfung des Wuchers daran festzuhalten, daß der übermäßige Gewinn von den Gestehungskosten aus nicht vom Marktpreis aus festgestellt werden muß. Werde von dieser festen Grundlage abgegangen, so werde der Willkür Tür und Tor geöffnet und eine wirksame Wucherbekämpfung unmöglich gemacht. Es sei nicht angängig, daß die ganze Last unserer wirtschaftlichen Not auf die ohnehin schwächeren Schultern der Verbraucher gelegt werde.

Stuttgart, 21. Juli. Der Polizeiausschuß des Landtags verabschiedete am Donnerstag in 1. Lesung das Polizeibeamtengesetz, das im wesentlichen nach der Regierungsvorlage Annahme fand. Ein Antrag Heymann-Bazinholt, der eine andere Zusammensetzung des Disziplinarhofes wollte, wurde gegen die Linke abgelehnt, dagegen ein Antrag Roth (BB.) angenommen, wonach dem Disziplinarhof ein Landjägermitglied angehören soll. Zu Artikel 14 fand ein Antrag des Berichterstatters Bock (Ztr.) Annahme, daß Beamte im Vollzugsdienst der Polizei und der Landjäger, sofern sie sich zum Außendienst gesundheitlich nicht mehr eignen und eine gleichwertige Stelle im Innendienst nicht mehr vorhanden ist, auch auf ein in eine niedrige Besoldungsgruppe eingereihtes Amt unter Weiterreichung der bisherigen höheren Bezüge überführt werden können. Die 2. Beratung des Gesetzentwurfs findet in nächster Woche statt.

Volksschullehrer und Kirchenaustritt.

Stuttgart, 21. Juli. Bekanntlich hat das Kultministerium vier Lehrer wegen Austritts aus der Kirche vom Dienst enthoben. In einer eingehenden Darlegung wird die Rechtsseite dieser Frage von zuständiger Seite behandelt. Das sogenannte kleine Schulgesetz vom 17. 5. 1920 bestimmt wohl, daß das Ministerium in Ausnahmefällen befugt ist, von Artikel 48 Ziffer 3 des Volksschulgesetzes zu befreien, wo verlangt wird, daß zur Anstellung auf eine Volksschulstelle gefordert wird, daß der Kandidat nach seinem Glaubensbekenntnis zu der zu besetzenden Stelle befähigt ist. Die Bestimmung des kleinen Schulgesetzes kann also nicht so angewendet werden, daß jeder Lehrer, der aus der Kirche austritt, auch zu befreien ist, weil eben im Volksschulgesetz die Zugehörigkeit zu einem bestimmten Glaubensbekenntnis als wesentliches Erfordernis für die Verwendung im Volksschuldienst gilt. In der letzten Zeit sind dem Ministerium fast gleichzeitig acht Fälle vorgelegt worden, in denen über die Befreiung von den Erfordernissen des Artikels 48 Ziffer 3 zu entscheiden war. Bei 4 Fällen von ständigen Lehrern wurde die Befreiung ausgesprochen, bei 4 anderen (2 ständige und 2 unständige) wurde sie abgelehnt. Auf Grund der Versagung der Befreiung mußte sodann die Enthebung vom Schuldienst ausgesprochen worden. Dabei ist sehr loyal zu Wege gegangen worden. Nach der Entscheidung haben die entlassenen Lehrer und ihre Dienststellen die Verhältnisse dem Ministerium eingehend vorgelegt. Auf Grund dieser neuen Tatsache hat das Ministerium nachträglich die Befreiung dieser Lehrer ausgesprochen, d. h. also den Kirchenaustritt gestattet und damit dem Druck der politischen Linken nachgegeben.

Die Vorfälle in Singen.

Wie mitgeteilt, richtete sich bei den Ausschreitungen am 4. Juli in Singen der Haß der Menge in besonderem Maße auf den Direktor der dortigen Aluminiumwerke Dr. Paulssen, dessen Wohnung von Demonstranten durchwühlt und auch geplündert wurde. Man verdächtigte ihn als Orgeschmann und sagte ihm „reaktionäre" Bestrebungen nach. Daß der gerüchtete Major Scherer kein „reaktionärer" Offizier war, betont Minister Remmele bei den Landtagsverhandlungen am Montag ausdrücklich, daß Dr. Paulssen kein „Reaktionär" ist, bestätigt der sozialdemokratische Reichstagspräsident Loebe in einem an den „Volkswille" in Singen gerichteten Brief, der folgenden Wortlaut hat:

Berlin, 15. Juli 1922.

Werter Genosse!

Herr Dr. Paulssen, der Leiter eines Freikorps in Oberschlesien und jetzige Leiter der Aluminiumwerke in Singen, bittet mich, bei Euch bekannt zu machen, daß er sich als Offizier in keiner Weise arbeiterfeindlich oder reaktionär benommen hat.

Ich glaube, diese Erklärung mit gutem Gewissen abgeben zu können. Herr Dr. Paulssen war, wie gesagt, Führer eines Freikorps, das in den kritischen Hauptagen in der Nähe von Breslau lag und mit dem andern Korps dort einzog, sich aber sofort von den Kappisten trennte, als ihre Absichten erkennbar waren. Dadurch, daß er den Lüttwitzen die Gefolgschaft verweigerte und mit seinem Korps wieder abrückte, wurde die Front der militärischen Putschisten gebrochen. Paulssen hat in den Wochen darnach versucht, sozialdemokratische Arbeiter in sein Korps aufzunehmen, was ihm wohl gelungen war; denn meine Bekanntschaft mit ihm wurde durch die damaligen Kommunisten Ziegler und Gruschwitz vermittelt.

Wenn also nicht besondere Umstände vorliegen, durch die sich Herr Paulssen dort bei Euch als reaktionär gezeigt hat, dann glaube ich, die feindselige Haltung trifft den Unrechten. Jedenfalls hat Paulssen bei mir in der Redaktion der „Volkswacht" in Breslau ganz loyale Anknüpfung versucht.

Vielleicht tragen diese meine Zeilen zur Entspannung der Lage bei, was mich in Anbetracht der Umstände sehr freuen würde.

Mit freundlichem Gruß Ihr Genosse Löbe.

Die demokratische „Oberländer Zeitung" in Singen teilt mit, daß Dr. Paulssen, der übrigens eingeschriebenes Mitglied der Deutschen Demokratischen Partei ist, seit seiner Niederlassung in Singen niemals Anlaß gegeben hat, an seiner republikanischen Zuverlässigkeit zu zweifeln und daß kein Material gegen ihn vorgebracht werden kann, das ihn zu einem „Reaktionär" stempeln könnte.

Die Haltung der bayerischen Demokraten.

München, 21. Juli. Die Stellungnahme der bayerischen Demokraten gegenüber den Schutzgesetzen legt die „Demokratische Korrespondenz" mit folgenden Worten klar: „Für die Deutsche Demokratische Partei ist die Richtung klar vorgezeichnet. Die Landtagsfraktion hat mit den beiden anderen Koalitionsparteien die Regierung ermächtigt, im Rahmen der verfassungsmäßigen Rechte ihre Bedenken gegen die Gesetzentwürfe geltend zu machen. Jetzt, wo diese angenommen und Gesetz sind, verlangt die Partei, daß sie auch von Bayern ordnungsmäßig und loyal durchgeführt werden und weiter bekämpft sie etwaige separatistische Absichten und Pläne auf das allerentschiedenste getreu ihrem Grundsatz: Das Reich über den Einzelländern.

Bayerns finanzielle Selbständigkeitswünsche.

München, 21. Juli. Im bayerischen Landtag erklärte gestern der Finanzminister Dr. Krausneck, auf seine Vorstellungen hin habe sich die Reichsregierung bereit erklärt, von einer völligen Aufhebung der Reichsfinanzkammern Abstand nehmen zu wollen. Inzwischen habe sich gezeigt, daß es nicht so weiter gehen könne, wenn bei den Landesfinanzämtern so große Arbeitsrückstände entstanden sind, daß für den bayerischen Staat Millionenverluste eintreten. Die Verhältnisse im Landesfinanzamt Nürnberg z. B. seien katastrophal. Es gehe nicht an, daß bei Zunahme der Geschäfte die Reichsgeschäfte erledigt und die Landesgeschäfte vernachlässigt würden. Man könne über eine Einigkeit denken, wie man wolle, aber nachhaltige Interessengegensätze seien unvereinbar.

München, 21. Juli. Der Haushaltsausschuß des bayerischen Landtags hat sich einmütig dahin ausgesprochen, daß das Finanzministerium über die Einrichtung einer eigenen bayerischen Finanzverwaltung dem Landtag zu Beginn der nächsten Session eine Vorlage unterbreiten solle.

Französische Gewaltherrschaft.

Ein Landjäger hatte auf der Straße bei Bingerbrück ein französisches Militärautomobil mit Zivilinsassen angehalten, weil das Fahrzeug an der Vorderseite keine Nummer hatte. Die Insassen legitimierten sich als französische Polizeikommissare aus Kreuznach. Während der Unterhaltung erklärte der deutsche Gendarm, in Deutschland hätten sich die Franzosen nach deutschen Gesetzen und nicht nach französischen zu richten. Diese und andere Bemerkungen führten zu einer Anklage gegen den Landjäger, der sogar in Untersuchungshaft genommen wurde. Das kriegsgerichtliche Urteil lautet auf 30 Tage Gefängnis unter Anrechnung von 17 Tagen Untersuchungshaft.

Dr. Stein als Begünstiger der Rathenau-Mörder noch in Haft.

Berlin, 21. Juli. Die polizeilichen Ermittelungen auf der Burgruine Saaleck und die ärztliche Untersuchung der Leichen der Mörder haben jeden Zweifel darüber beseitigt, daß Kern, als er zum Turmfenster hinausschaute, durch den Schuß eines Polizisten getötet wurde. Die Leichen trugen ferner unter ihrer Kleidung Anzüge des Besitzers der Ruine Dr. Stein, ein Beweis, daß die Fortsetzung der Flucht vorbereitet war. Dr. Stein wurde nach seiner Vernehmung in Rauenburg nach Berlin überführt, seine Frau wieder auf freien Fuß gesetzt.

Belgiens Schuld am Abbruch der deutsch-belgischen Verhandlungen.

Berlin, 20. Juli. Die Verhandlungen über das deutsch-belgische Markabkommen sind vor einigen Tagen wieder aufgenommen worden und waren soweit gediehen, daß der Abschluß des Abkommens unmittelbar bevorstand. Es handelte sich lediglich noch darum, über die zwei folgenden Punkte Uebereinstimmung zu erzielen, deren Annahme erst neuerdings belgischerseits beantragt worden war.

Die belgische Regierung verlangte nämlich, daß das in Belgien vorhandene, noch nicht liquidierte Barvermögen deutscher Reichsangehöriger — dazu gehören Barguthaben und Sparkassenbücher — nicht unter die Freigabe fallen solle.

Ferner sollte bei der teilweisen Liquidation eines Vermögenskomplexes das noch vorhandene und freizugebende unbewegliche Eigentum mit Schulden belastet werden, die von dem Sequester auf dieses Eigentum längst bezahlt waren.

Die Annahme des ersteren Antrags der belgischen Regierung würde bedeuten, daß die ganzen Ersparnisse der wirtschaftlichen schwächeren Auslandsdeutschen, also die gesamten kleinen Vermögen, verloren wären. Die Durchführung des zweiten belgischen Antrags müßte zur Folge haben, daß das unbewegliche Eigentum der Auslandsdeutschen in Belgien auf einen geringfügigen Wert zusammenschmilzt. Die deutsche Regierung konnte, da es sich besonders im ersteren Fall um Barguthaben gerade der kleinen Rentner und Besitzer von Sparkassenguthaben handelt, und da ferner die zu übernehmenden Lasten in keinem Verhältnis mehr zu der belgischen Gegenleistung standen, diese Bedingungen nicht ohne weiteres annehmen und strebte eine Aenderung der belgischen Anträge an. Gleichzeitig wurde, um das deutsche Eigentum in Belgien vor der Liquidation zu bewahren, eine ganze Reihe belgischer Anträge durch die deutsche Regierung angenommen. Die belgische Regierung glaubte jedoch, trotz des Entgegenkommens der deutschen Regierung auf deren Vorschläge nicht eingehen zu können und brach wegen der Nichtannahme der beiden oben erwähnten Punkte die Verhandlungen ab.

Morgans Einfluß auf die Bedingungen des Garantiekomitees.

Berlin, 21. Juli. Wie das „Berliner Tageblatt" von gut unterrichteter Seite erfährt, hat die Morgan-Bank Mister Schütte, einen ihrer hervorragendsten Direktoren, zu den Verhandlungen der Garantiekommission nach Berlin entsandt. Direktor Schütte hatte sowohl die Aufgabe, Morgan über alle wichtigen Einzelheiten der Besprechungen der deutschen Regierung mit der Garantiekommission zu verständigen, als auch die Stellungnahme Morgans zu den wesentlichsten Punkten der Garantiekommission mitzuteilen. Schütte hat nach derselben Quelle auch mit der deutschen Großfinanz und der deutschen Großindustrie Fühlung genommen.

Ausland.

Litwinow über den Abbruch der Haager Konferenz.

Haag, 21. Juli. Litwinow hat gestern nach Schluß der Konferenz die Auffassung der russischen Delegation über die durch den Abbruch der Verhandlungen geschaffene Lage auseinandergesetzt. Die russische Regierung wünsche mit allen Staaten Europas zu einer Verständigung zu kommen, aber die hier gemachten Erfahrungen bewiesen, daß der Weg dazu geeignet sei, nur Schritt für Schritt vorzugehen. Auf eine Frage antwortete Litwinow, dies bedeute Einzelverhandlungen mit den dazu geeigneten Staaten.

Keine Linksregierung in Italien.

Rom, 20. Juli. Der Vorstand der Katholischen Volkspartei hat gestern abend einen Beschluß gefaßt, in dem die Teilnahme der Sozialisten an der neuen Regierung vorläufig als unerwünscht bezeichnet wird. Als wahrscheinliche Nachfolger für de Facta wurden unter anderem Orlando als Ministerpräsident, Bonomi, Meda, de Nava als Mitglieder des neuen Kabinetts genannt. Das Kabinett würde also im wesentlichen aus Angehörigen der liberalen Demokratie und der Katholischen Volks-

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

partei zusammengesetzt werden. Die Kämpfe zwischen Sozialisten und Faszisten im Zusammenhang mit der Ministerkrise haben die Arbeiterschaft in Oberitalien ganz aus Rand und Band gebracht. Es werden sowohl in der Provinz Mailand als auch in Piemont der Generalstreik erklärt, der sich auch auf die übrigen Orte auszudehnen beginnt. In Mailand sind die Faszistenlegionen mobilisiert worden. Der Vorstand der Faszisten in Mailand erklärt in einem Manifest an die Bevölkerung, er nehme den Fehdehandschuh der Gegner auf und werde strenge gegen jeden Angriff auf das Vaterland einschreiten. Der Präfekt von Mailand hat besondere Verordnungen zur Aufrechterhaltung der Ordnung erlassen. Die wichtigsten Gebäude sind militärisch besetzt worden. Der Zentralausschuß des Arbeiterverbandes hat die Proklamierung des Generalstreiks über ganz Italien beschlossen. Das Datum des Streiks soll aber später festgesetzt werden.

Aegypten gegen die Zulassung der Deutschen.

Berlin, 20. Juli. Nach einer Londoner Drahtung der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" meldet der „Daily Telegraph" aus Kairo, der dortige deutsche Geschäftsträger hätte der ägyptischen Regierung das Ersuchen zugehen lassen, allen deutschen Geschäftshäusern die Bewilligung zur Wiederaufnahme ihrer Handelstätigkeit in dem unabhängigen ägyptischen Staat zu gestatten. Die ägyptische Regierung lehnte dieses Ersuchen mit der Begründung ab, daß angesichts der gegenwärtigen wirtschaftlichen Krise Aegypten kein erfolgreiches Betätigungsfeld für den deutschen Handel darstelle und daß es deshalb zwecklos wäre, der Anregung des Geschäftsträgers zu folgen. — Hinter der Ablehnung des „unabhängigen" ägyptischen Staates steht natürlich England, das sich das Nilstromland als erfolgreiches Betätigungsfeld vorbehalten will.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Sonntagsgedanken.

Glück.

Glücklich wird nie wer sucht, was man gemeinhin Glück nennt. Glück ist nicht Wunsch und Begehren und Rausch und Uebermaß. Glücklichsein heißt jede schwere Stunde in siegenden Händen tragen und lächelnd aus bitteren Brunnen trinken. Glücklichsein heißt die Dinge nach dem, was sie sind, nicht nach der Art, wie wir sie uns denken, beurteilen. Glücklichsein heißt die kleinen Freud- und Feierstunden des Tages dankbar nützen und genießen. Steinmüller.

Es ist eine eigene Sache im Leben, daß wenn man gar nicht an Glück oder Unglück denkt, sondern nur an strenge, sich nicht schonende Pflichterfüllung, das Glück sich von selbst, auch bei entbehrender, mühevoller Lebensweise einstellt. W. v. Humboldt.

Das Glück läßt sich nicht jagen
von einem Jägerlein;
mit Wagen und Entsagen
muß drum gestritten sein.

Scheffel.

Württemberg.

Stuttgart, 20. Juli. (Die Verlegung des Waisenhauses nach Ulm.) Das Kultministerium hat in einem Schreiben an das Stadtschultheißenamt in Ulm mitgeteilt, das Ergebnis der Untersuchungen und Besprechungen der beteiligten Ministerien und Behörden sei, daß die Unterrichtsverwaltung das Ulmer Garnisonlazarett für die Unterbringung des Waisenhauses in Anspruch nehmen müsse und daß sie auf diesen Anspruch zu Gunsten der Ulmer Raumbedürfnisse nicht verzichten könne. Das Ministerium, dem an der Förderung der Gewerbe- und Handelsschulen außerordentlich viel liege, hätte die Bestrebungen der Stadt Ulm, durch Erwerbung des Garnisonlazaretts die Bedürfnisse dieser Schule zu befriedigen, gerne unterstützt, wenn nicht dringende eigene Bedürfnisse es erfordert hätten, diese Gebäude für staatliche Zwecke zu beanspruchen. Es wäre vom Ministerium nicht zu verantworten, wenn die äußerst dringenden Bedürfnisse des staatlichen Waisenhauses, die für das ganze Land von Wichtigkeit sind und nach den Erhebungen und Verhandlungen nur noch durch die Verwendung des Ulmer Garnisonlazaretts befriedigt werden können, hinter die Anforderungen für die Ulmer Gewerbe- und Handelsschulen gestellt würden. Oberbürgermeister Dr. Schwammberger, Ulm, hat daraufhin an das Kultministerium ein Schreiben gerichtet, in dem er gegen die Beschlüsse des Kultministeriums Stellung nimmt und darauf hinweist, daß Ulm nunmehr die fünfte Stadt sei (nach Ellwangen, Backnang, Markgröningen und Eßlingen), die sich gegen die Uebernahme des Waisenhauses wehre und daß sich das der Staat überhaupt nicht mehr gefallen lassen könne. Gefordert wird sodann eine Aeußerung des Kultministeriums, wie man ohne Inanspruchnahme militärischer Gebäude die Schulraumnot in Ulm abstellen solle. Gleichzeitig hat die Lehrerschaft der städt. Gewerbeschule ein Beschwerdeschreiben abgesandt und darauf hingewiesen, daß die Waisenkinder in Wiblingen, eine Stunde von Ulm, in staatseigenen Gebäuden, mit denen eine Hofwirtschaft von rund 300 Morgen verbunden ist, besser untergebracht wären. Der Ulmer Gemeinderat wird aufs neue zu dem Beschluß des Kultministeriums Stellung nehmen und gleichzeitig eine Versammlung der gesamten Lehrerschaft Ulms einberufen.

Schussenried, 21. Juli. (Eine Spur des Mörders.) Eine Beerensammlerin wurde im Walde von einem unbekannten jungen Mann um Lebensmittel angehalten. In Ermangelung solcher gab ihm die Frau ein Almosen, worauf er wieder verschwand. Nach der Beschreibung muß angenommen werden, daß es sich um den gesuchten Landjägermörder Menz aus Marbach handelt. Die Verfolgung wurde sofort aufgenommen.

Friedrichshafen, 21. Juli. (Berlin und der Bodensee.) Nach dem „Oberschw. Anzeiger" soll sich der Reichsverkehrsminister vor einiger Zeit u. a. dahin ausgesprochen haben, daß es erstrebenswert sei, den gesamten Schiffsverkehr zwischen Friedrichshafen und Lindau bezw. umgekehrt zur Winterszeit vollständig einzustellen.

Neueste Nachrichten.

München, 21. Juli. Die Kommunisten haben im Landtag eine Anfrage eingebracht, in der zunächst auf die von General Ludendorff in Beiträgen für die Northcliffe-Blätter aufgestellte Behauptung hingewiesen wird, wonach die Ermordung deutscher Minister von kommunistischen Organisationen beschlossen worden sei und dies die Erklärung für die Erschießung Rathenaus sei. In der Anfrage heißt es weiter, Ludendorff habe dadurch wider besseres Wissen deutsche Volksgenossen und Sowjetrußland verleumdet. Außerdem versuche er, sich der Entente als Söldnerführer anzubieten. Zum Schluß wird an die Staatsregierung die Frage gerichtet, ob sie bereit ist, General Ludendorff darauf aufmerksam zu machen, daß er sein Asylrecht in Bayern nicht zu einer das Reich schädigenden und der Entente Vorschub leistenden Propaganda mißbrauchen werde.

Braunschweig, 21. Juli. Im braunschweigischen Landtag kam es gestern anläßlich der Aussprache über die Ergänzungswahlen zum Staatsministerium, die durch den Rücktritt des bisherigen Kultusministers Käfer von der Deutschen Volkspartei notwendig geworden sind, im Anschluß an eine Rede des berüchtigten Abgeordneten Sepp Oerter zu stürmischen Szenen, die eine Unterbrechung der Sitzung nötig machten. Der Aeltestenrat beschloß darauf, den Landtag und damit die Umbildung der Regierung bis zum Herbst zu vertagen.

Berlin, 21. Juli. Wie von unterrichteter Seite zu den Vorgängen in Senftenberg mitgeteilt wird, ist dort von der Bildung einer Arbeitersicherheitswehr nichts bekannt. Es haben sich am Tage der Demonstrationen anläßlich des Rathenaumordes auswärtige Elemente in Senftenburg eingefunden die in der Zahl von mehreren Hundert auf Plünderungen auszugehen schienen. Da die Polizei schwach war, stellte sich ihr ein Ordnungsausschuß aus Arbeiterkreisen zur Verfügung, der zurückgetreten ist, sobald die Bevölkerung sich beruhigt hatte.

Berlin, 21. Juli. Dem „Acht-Uhr-Abendblatt" zufolge teilt das Reichswehrministerium heute mit, daß die bayerische Regierung die Rückkehr ihrer außerhalb Bayerns manövrierenden Reichswehrkontingente auf Grund des § 17 des Reichswehrgesetzes beantragt habe. Diesem Antrag sei nach Vortrag beim Reichswehrministerium stattgegeben worden, da wichtige Gründe der Rückkehr der bayerischen Truppen nach Bayern nicht entgegenstanden und der erwähnte § 17 den einzelnen Landesregierungen das Recht gibt, ihre Truppenkontingente ohne besondere Begründung anzufordern, wenn sie dies auf Grund der innen- oder außenpolitischen Lage erforderlich halten.

Berlin, 21. Juli. Die Vernehmung des Dr. Stein hat heute früh hier begonnen. Es wird sich nun herausstellen, ob die von ihm gemachten Angaben den Tatsachen entsprechen und er wirklich von dem Aufenthalt der beiden Mörder in seiner Wohnung nichts gewußt hat. Es ist natürlich sehr auffällig, daß Fischer und Kern gerade die verschwiegene Wohnung in der einsamen Burg aufgesucht haben. Daß sie Dr. Stein dem Namen nach kannten, geht daraus hervor, daß sie in Kösen sich nach seiner Wohnung erkundigt haben. Angeblich sollen sie sich mit Nachschlüsseln Eingang zur Burg verschafft haben.

Berlin, 21. Juli. Die Filmoberprüfungsstelle hat den Antrag der hessischen Regierung, die von der Filmprüfungsstelle ausgesprochene Zulassung des Films „Friedericus Rex" zur öffentlichen Vorführung im Deutschen Reich zu widerrufen und den Film zu verbieten, zurückgewiesen. In der Begründung wird aufgeführt, daß es Aufgabe der Polizei sei, Störungen der öffentlichen Ruhe und Ordnung zu verhindern. Es sei aber nicht Aufgabe der Filmoberprüfungsstelle, eine vorübergehende Störung oder wie im vorliegenden Fall, eine nur zu befürchtende Störung zu verhindern und einen Film zu verbieten, bei dem zwar Störungen versucht würden aus Gründen jedoch, die außerhalb seines Inhalts lägen.

Berlin, 21. Juli. Reichsarbeitsminister Dr. Brauns hat am 20. Juli aus Gesundheitsrücksichten einen längeren Erholungsurlaub angetreten. Er wird durch den Staatssekretär des Reichsarbeitsministeriums, Dr. Geib, vertreten. — Die Reparationskommission wird, wie aus Paris verlautet, Deutschland im Hinblick auf seine schwierige Lage eine leichte Herabsetzung der Reparationskohlenlieferungen bewilligen. — Botschafter Wiedfeldt bestritt in einer Unterredung in Plymouth, daß er als Nachfolger Rathenaus ausersehen sei. — Der Bericht des Garantiekomitees wird, soweit bisher verlautet, keine Feststellung absichtlicher Verfehlungen der deutschen Regierung enthalten. — Nach einer Magdeburger Meldung des Vorwärts stehen die Bauarbeiter in Mitteldeutschland vor neuen Lohnkämpfen. Der Bauarbeiterverband hat beschlossen, sofort in allen Städten der Provinz Sachsen die Arbeit einzustellen. — Der Dollarkurs betrug am Freitag *M* 484.39.

Hamburg, 21. Juli. Das Seeamt macht für das am 16. Juni erfolgte Kentern des brasilianischen Dampfers „Avare" den Hafenlotsen Schmidt und den stellvertretenden Kapitän Teicira da Monta verantwortlich. Bei dem Unfall kamen 26 Mann der Besatzung und 13 deutsche Arbeiter ums Leben.

Warschau, 21. Juli. Der deutsche Bevollmächtigte, Ministerialdirektor v. Stockhammern, und der polnische Bevollmächtigte, v. Olchowski, haben gestern das zwischen ihnen vereinbarte Programm für die deutsch-polnischen Verhandlungen unterzeichnet.

Paris, 21. Juli. Heute abend sprechen hier die sozialistischen Rechtsanwälte Liebknecht und Rosenfeld in einer von der sozialdemokratischen Partei einberufenen Versammlung über den Moskauer Prozeß.

Marseille, 21. Juli. Heute nachmittag gegen 2 Uhr empfing die funkentelegraphische Station in Marseille folgende Nachricht: Ein englischer Dampfer ist bei 50 Grad nördlicher Länge und 30 Grad 34 Minuten westlicher Breite mit einem anderen unbekannten Dampfer zusammengestoßen.

Perpignan, 21. Juli. Die über die Entgleisung des Schnellzugs bei Bordeaux angestellte Untersuchung hat ergeben, daß es sich um ein Verbrechen handelt. Mehrere Zeugen haben ausgesagt, daß sich verschiedene Personen in verdächtiger Weise auf dem Bahndamm zu schaffen gemacht haben. Es ist außerdem festgestellt, daß Schienenlaschen gelöst worden sind.

Newyork, 21. Juli. Der ehemalige Berliner Botschafter Gerard sagte in einer Ansprache, ein sofortiges Nachlassen an den Reparationsforderungen sei notwendig, um Deutschland vor dem Ruin zu retten. Die französische Regierung sei geneigt, ihre Ansprüche zu vermindern, dürfe aber nicht handeln, weil das französische Volk darauf bestehe, daß der volle Betrag bezahlt werde. Marschall Foch habe ihm erzählt, für Frankreich würde die Besetzung des Ruhrgebiets mehr kosten als einbringen.

Der Fall Bazille-Keil.

Stuttgart, 21. Juli. Bürgerpartei und Bauernbund haben im Landtag folgenden Antrag eingebracht: In der Sitzung des Reichstags vom 20. Juli hat der Reichstagsabg. Keil, württ. Arbeits- und Ernährungsminister, den Abg. Bazille einen Betrüger und moralisch verkommenen politischen Brunnenvergifter genannt. Zur Begründung hiefür hat er Auszüge aus den Personalakten des Abg. Bazille verlesen, die ihm nur in seiner Eigenschaft als württ. Arbeits- und Ernährungsminister zugänglich gewesen sind. Diese Auszüge sollen nach der A... sicht des Ministers Keil beweisen, daß der Abg. Bazille ... in zwei Fällen des Betrugs schuldig gemacht hat. Die ... gänge, um die es sich handelt, liegen schon einige Zeit zu... Der volle Sachverhalt war den Behörden bekannt, als sie e... gültig entschieden haben. Im ersten Fall hat das Reichs... sterium des Innern, im zweiten Fall das württ. Minister... des Innern die von dem Abg. Bazille geltend gemachten ... derungen anerkannt. Vor der in der Sitzung des Reichs... durch den Minister Keil erhobenen Beschuldigung ist dem A... Bazille nie und von niemanden entgegengehalten worden, ... in seinem Verhalten eine Rechtswidrigkeit oder eine unehren... hafte Handlung oder überhaupt etwas Unzulässiges er... werde. Wenn der Minister Keil, entgegen der bisherigen ... fassung der Ministerien, in dem Verhalten des Abg. Bazi... etwas Unzulässiges oder Unehrenhaftes oder gar etwas St... bares gesehen hat, so mußte er vor der öffentlichen Besch... ung zum allermindesten dem Abg. Bazille die Möglichkeit ... ben, sich zu der veränderten Rechtsauffassung zu äußern. ... hat der Minister Keil nicht getan. Er hat vielmehr die ... ren, mit beschimpfenden Worten verbundenen Beschuldigung... in öffentlicher Sitzung des Reichstags in einer Weise vor... bracht, die den Anschein erwecken mußte, als handle es sich ... amtlich festgestellte schwere Verfehlungen des Abg. Bazi... Dem Minister Keil war bekannt, daß diese Beschuldigung... den Weg durch die ganze deutsche Presse machen werden. ... Prüfung der Akten wird ergeben, daß nicht nur die von ... Minister Keil erhobenen Beschuldigungen objektiv un... sondern daß sie auch im zweiten Fall entweder wider bes... Wissen oder in der denkbar leichtfertigsten Weise erhoben ... den sind. Nach allem liegt ein im bisherigen öffentlichen ... Deutschlands unerhörter Mißbrauch des Ministeramtes ... der den Minister Keil unwürdig macht, sein Amt weiter ... versehen. Die Fraktion der Bürgerpartei und des Bau... bunds stellt deshalb auf Grund des § 28 der Verfassung W... tembergs den Antrag: Der Landtag wolle beschließen: ... Landtag verlangt die Entlassung des Ministers Keil we... gröblichen Mißbrauchs seines Amtes und wegen schwerer ... fehlung gegen die ihm als Minister obliegende Pflicht, ... Ehre anderer zu achten, solange ihnen nicht im gesetzlich ... geschriebenen Verfahren Verfehlungen nachgewiesen sind.

Der Abg. Bazille hat unter dem 20. Juli an die Staats... anwaltschaft Stuttgart folgendes Schreiben gerichtet: In ... Sitzung des Reichstags vom 18. Juli hat der Reichstags... Keil, württ. Arbeits- und Ernährungsminister, unter ... Schutze seiner Immunität unter Berufung auf meine ... sonalakten gegen mich die Beschuldigung erhoben: 1. Ich ... Lebensmittel weggenommen, die den Soldaten gehört ... 2. Ich hätte mich des Betrugs schuldig gemacht durch ... widrige doppelte Erhebung mines Gehalts und durch ... widrige doppelte Erhebung meines Gehalts und durch ... gegen mich das Strafverfahren wegen dieser Beschuldigung... einzuleiten. Ich bitte, die Aufhebung meiner Immunität ... Reichs- und Landtagsabgeordneter beim Reichstag und ... tag zu beantragen und bemerke dazu, daß ich auf die Imm... nität verzichten und vom Reichstag und Landtag die Auf... ung meiner Immunität zum Zweck der Durchführung ... Verfahrens verlangen werde. Schon vor der Aufhebung ... Immunität stelle ich mich hiemit zur Vernehmung zur V... fügung. Schon jetzt aber bemerke ich zu den erhobenen B... schuldigungen, daß sie sämtlich unwahr sind. Die Ein... meiner Personalakten, auf die sich der Abg. Keil berufen ... und deren Einforderung ich hiemit beantrage, wird dies ... geben. — In einem ähnlichen Schreiben an das württ. Staats... ministerium hat der Abg. Bazille gegen sich die Einleitung ... Disziplinarverfahrens beantragt.

Württembergischer Landtag.

Stuttgart, 21. Juli. Der Württ. Landtag nahm am Fr... seine Vollsitzungen wieder auf, um noch vor den Sommerf... eine Reihe dringlicher Gesetze zu verabschieden. Die Sitz... selbst nahm einen durchaus geschäftsmäßigen Verlauf. ... politische Spannung, die über dem Hause lastet, kam ... nicht zum Ausbruch, kündete sich jedoch in dem von der R... ten eingebrachten Anträgen zum Fall Bazille-Keil, die a... Entlassung des Ministers Keil und Einsetzung eines Unter... suchungsausschusses gehen, an. Das Frage- und Antwort... der Kleinen Anfragen wurde ein dutzendmal wiederholt, ... etwas Besonderes zu Tage zu fördern. Eine Große Anf... Bazille (B.P.) über die Grundwertzuwachssteuer wird mit ... Katastergesetz behandelt. Das Gesetz über Gewährung e... Darlehens von 20 Millionen Mark an die Schwäb. Hütten... werke fand in 2. und 3. Lesung Annahme gegen die Stim... der Kommunisten. Das Aenderungsgesetz der Württ. Ger... kosten- und Notariatsgebührenordnung, über das Bock ... berichtete, fand nach unwesentlicher Erörterung auf Grund ... Beschlüsse des Finanzausschusses Annahme. Die Rechte und ... Kommunisten stimmten dagegen. Dann wurde mit Rück... auf eine Sitzung des Aeltestenausschusses abgebrochen, ... dem vorher ein Antrag Bazille, die Anträge der Rechten ... Fall Keil-Bazille am Samstag zu behandeln, abgelehnt ... den war. — Schluß ½7 Uhr. Samstag 9 Uhr: Beamt... ergänzungs- und Wohnungsabgabegesetze.

Die Schwierigkeiten der Brennstoffversorgung.

Stuttgart, 21. Juli. Das Landesbrennstoffamt beim ... Arbeitsministerium hat an die Versorgungsbezirke ein ... schreiben über die Brennstoffversorgung gerichtet, dem wir ... gendes entnehmen: Der Stand der Brennstoffversorgung ... sich weiter sehr ungünstig gestaltet. An der Ruhr ist die K... lenförderung stark zurückgegangen. In der letzten Zeit hat ... Förderungsausfall arbeitstäglich 40 000 Tonnen betragen. ... Pflichtlieferungen an die Entente auf das Reparationsk... sind um mehr als ein Viertel erhöht. Sie betragen jetzt ... natlich nahezu 2 Millionen (genau 1,916 Mill.) Tonnen. ... Entente besteht darauf, daß sie voll ausgeführt und daß ... Rückstände nachgeliefert werden. Immer wieder komm... vor, daß auf dem Rhein schwimmende, für Süddeutschland ... stimmte Kohlenmengen von der Entente mit Beschlag be... und weggenommen werden, ohne daß sie auf die Reparat... leistungen angerechnet würden. Der größte Teil der ... lieferungen an die Entente ist von der Ruhr zu leisten. ... an Zechenkoks werden monatlich 600 000 Tonnen gefor... Sehr groß sind auch die Ansprüche in Kokskohle, die nur ... ganz ungenügenden und für den deutschen Bedarf nicht ... reichenden Mengen vorhanden ist. In beträchtlichem Um... mußten für Schmiedezwecke geeignete Sorten vermahlen ... der Entente ohne Rücksicht darauf als Kokskohle zur Ver... ung gestellt werden, daß sich die Schmiedekohle verbrauch... deutschen Betriebe, namentlich das unter den Hausbrand ... lende Schmiedegewerbe, wegen des Ausbleibens der Schm... kohle in einer verzweifelten Notlage befinden. Eine ... Anzahl von Schmiedebetrieben ist bereits zum Erliegen ... men. Darunter hat u. a. die Landwirtschaft, die ihre ... nicht instand setzen kann, schwer zu leiden. Ein Teil der ... lieferungen an die Entente muß in Rheinischen Braunk... briketts „Union" ausgeführt werden. An eine Behebung ... Mangels an Ruhrkohle ist nicht zu denken. Es können ... auch für den Hausbrand wegen der Sorten nicht Ruhr... erhoben werden, die unerfüllbar sind. Das gilt besonders ... die Anforderungen in Anthrazit, die, wie den Versorgung...

Jeder alte Stroh- und Filzhut wird wie neu umgear...
Hutfabrik Salterer & Czarnowicz,
Pforzheim, Westliche 296.
Annahmestelle: **Pforzheim,** Glauner, Schloßberg 4.
Höfen, Detting.
Wildbad Walter Fischer, König-Karlstr...

e Auszüge sollen nach der
fen, daß der Abg. Bazille
chuldig gemacht hat. Die
liegen schon einige Zeit
Behörden bekannt, als sie
ersten Fall hat das Reichs
n Fall das württ. Minister
Bazille geltend gemachten
in der Sitzung des Reichs
nen Beschuldigung ist dem
entgegengehalten worden,
tswidrigkeit oder eine unehr
pt etwas Unzulässiges
l, entgegen der bisherigen
m Verhalten des Abg. Ba
enhaftes oder gar etwas
vor der öffentlichen Beschul
Abg. Bazille die Möglichkeit
chtsauffassung zu äußern.
an. Er hat vielmehr die
n verbundenen Beschuldigun
ichstags in einer Weise
n mußte, als handle es sich
erfehlungen des Abg. Ba
nt, daß diese Beschuldigun
che Presse machen werden.
en, daß nicht nur die von
uldigungen objektiv unwa
en Fall entweder wider besser
chtfertigsten Weise erhoben
m bisherigen öffentlichen
rauch des Ministeramtes
dig macht, sein Amt weite
Bürgerpartei und des Bau
des § 28 der Verfassung
Landtag wolle beschließen:
ng des Ministers Keil
mtes und wegen schwerer
Minister obliegende Pflicht
e ihnen nicht im gesetzlich
hlungen nachgewiesen sind
r dem 20. Juli an die Sta
es Schreiben gerichtet:
8. Juli hat der Reichstags
ernährungsminister, unter
ter Berufung auf meine
huldigung erhoben: 1. Ich
e den Soldaten gehört
s schuldig gemacht durch
nes Gehalts und durch
ines Gehalts und durch
wegen dieser Beschuldigun
hebung meiner Immunität
eter beim Reichstag und
e dazu, daß ich auf die
stag und Landtag die
Zweck der Durchführung
Schon vor der Aufhebung
nit zur Vernehmung zur
erke ich zu den erhobenen
h unwahr sind. Die
sich der Abg. Keil berufen
iermit beantrage, wird
Schreiben an das württ.
lle gegen sich die Einleitung
t.

ischer Landtag.

ürtt. Landtag nahm am
um noch vor den Sommerf
zu verabschieden. Die
geschäftsmäßigen Verlauf.
dem Hause lastet, kam
ch jedoch in dem von der
im Fall Bazille-Keil, die
l und Einsetzung eines
Das Frage- und Antwort
ein dutzendmal wiederholt,
fördern. Eine Große
wertzuwachssteuer wird
Gesetz über Gewährung
Mark an die Schwäb.
g Annahme gegen die
rungsgesetz der Württ.
ordnung, über das Bad
cher Erörterung auf Grund
s Annahme. Die Rechte
en. Dann wurde mit
nausschusses abgebrochen,
e. die Anträge der Rechten
n zu behandeln, abgelehnt
Samstag 9 Uhr:
bgabegesetze.

er Brennstoffversorgung.

andesbrennstoffamt beim
Versorgungsbezirke ein
ersorgung gerichtet, dem
der Brennstoffversorgung
ilitet. An der Ruhr ist
gen. In der letzten Zeit
ch 40 000 Tonnen betragen
rnte auf das Reparations
erhöht. Sie betragen
enau 1,916 Mill.) Tonnen
e voll ausgeführt und
n. Immer wieder kom
mmende, für Süddeutschland
er Entente mit Beschlag
ne daß sie auf die Reparat
. Der größte Teil der
von der Ruhr zu leisten.
tlich 600 000 Tonnen
prüche in Kokskohle, die
den deutschen Bedarf nicht
ist. In beträchtlichem
geeignete Sorten vermahlen
rauf als Kokskohle zur
ie Schmiedekohle verbrauch
h das unter den Hausbrand
des Ausbleibens der
Notlage befinden. Eine
ist bereits zum Erliegen
Landwirtschaft, die ihre
r zu leiden. Ein Teil der
uß in Rheinischen Braun
werden. An eine Hebung
cht zu denken. Es können
gen der Sorten nicht
ar sind. Das gilt besonders
git, die, wie den Versorgung

mi wird wie neu umgearb
erer & Czarnowicz,
Westliche 286.
Glauner, Schloßberg 4.
ilung.
Walter Fischer, König-Karlstr

sichen wiederholt zur Kenntnis gebracht wurde, auf das Aeußerste eingeschränkt werden müssen. Das gleiche gilt für die Anforderungen in Schmiedekohle. Die Versorgungsbezirke werden gebeten, die Verbraucher von Schmiedekohlen davon zu unterrichten, daß die weitestgehende Verwendung von Streckungsmitteln dringend geboten ist. Schließlich werden die Versorgungsbezirke ersucht, festzustellen und raschmöglichst hierher zu berichten, von welchen Schmiedekohlenverbrauchern melierte Schmiedekohle verwendet werden kann und welche Mengen hiervon bezogen werden wollen. Die verschärfte Kohlennot zwingt zum verstärkten Bezug von Auslandskohle, so wenig wirtschaftlich dieser Bezug auch ist. Nachdem es nicht gelingt, den Bedarf selbst der öffentlichen Betriebe (Eisenbahnen, Elektrizitätswerke, Gaswerke, Wasserwerke usw.) aus der Inlandsproduktion in Kohle sicherzustellen, wird die deutsche Kohlensteuer für bezogene Auslandskohle weiterhin (zunächst bis 31. Dezember 1922) nachgelassen und die Kohleneinfuhr nach Deutschland für Hausbrand, Gewerbe und Industrie bewußt gefördert. Es muß auch für den Hausbrand empfohlen werden, jede Einfuhrgelegenheit zu nützen. Augenblicklich ist der Bezug von Auslandskohle durch die weitere Verschlechterung der deutschen Valuta stark erschwert. Aber auch die deutschen Kohlenpreise gehen in immer rascherem Tempo sehr in die Höhe.

Die Entscheidung in Bayern.

München, 21. Juli. Der Landesausschuß der Bayerischen Volkspartei tagte heute unter dem Vorsitz des Parteivorsitzenden Speck in München. Die Versammlung war aus allen Teilen des Landes äußerst zahlreich besucht. In Anwesenheit des Ministerpräsidenten Grafen Lerchenfeld und der anderen vier der Partei angehörenden Staatsminister wurden eingehende Beratungen über die politische Lage gepflogen. Der Landesausschuß ist zu dem einhelligen Entschluß gekommen, mit allen gesetzlichen und parlamentarischen Mitteln den Standpunkt Bayerns gegen die Reichstagsbeschlüsse in der Frage des Schutzes der Republik aufs Entschiedenste zu wahren. Dem Ministerpräsidenten und den übrigen Mitgliedern der Reichstags- und Landtagsfraktion wurde einstimmig das vollste Vertrauen ausgesprochen.

Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ bestätigen, daß der bayerische Ministerrat keine einheitliche Richtlinien für die bayerische Politik in den schwebenden Streitfragen aufgestellt hat. Die Entscheidung liege nunmehr bei den Koalitionsparteien. Wie das Blatt weiter erfährt, sind heute die Fraktionen der Bayerischen Volkspartei und der Deutsch-demokratischen Partei zum Zwecke einer Vorbesprechung im Landtag zusammengetreten. Die Deutsch-demokratische Partei wird, wie die „Münchener Neuesten Nachrichten“ glauben, voraussichtlich zu dem Schluß kommen, daß die Regierung für weitere Schritte in den Verhandlungen mit Berlin bezüglich des Vollzugs und der Anwendung der Gesetze in Bayern freie Hand erhalten, daß aber die äußerste Grenze der Gefolgschaft der Demokraten da liegen müsse, wo die Einheit des Reichs in Frage komme.

Ueber die Stellung der christlichen Gewerkschaften Bayerns zu den Schutzgesetzen schreibt das offizielle Organ dieser Gewerkschaften: Für uns kann es keine Frage sein, daß wir trotz aller berechtigten Entrüstung Bayerns gegen eine Anzahl von Bestimmungen der Gesetze ein verfassungsmäßig zustande gekommenes Gesetz als gültig zu respektieren haben, bis in ruhigeren Zeiten das Beseitigen der Ausnahmegesetze erfolgen kann.

Sanktionsdrohungen der Rheinlandkommission.

Wiesbaden, 21. Juli. Die interalliierte Rheinlandkommission hat in einem Schreiben an den Regierungspräsidenten Dr. Momm und den Polizeipräsidenten Krause diesen beiden Herren aus Anlaß der Demonstrationsunruhen vom 4. Juli den Vorwurf der Unfähigkeit gemacht und weitere Sanktionen in Aussicht gestellt, falls keine befriedigende Erklärung erfolge. Nunmehr haben sich die Handelskammer, die Vereinigten kaufmännischen Verbände, die Landwirtschaftskammer, die Handwerkskammer, die Bezirksbauernschaft und der Aeltestenrat des Magistrats an den Reichskommissar in Koblenz mit der Bitte gewandt, Schritte zu tun, damit die angedrohten Maßnahmen im Interesse der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung und zur Wahrung des notwendigen Ansehens unterbleiben. Diese Entschließung ist von allen politischen Parteien, von den Unabhängigen bis zu den Deutschnationalen, gebilligt worden. Auch die Kommunisten haben eine ähnliche Erklärung abgegeben. Die Parteiführer sollen nach dem Blatte ferner beabsichtigen, den Vorsitzenden der Rheinlandkommission, Tirard, aufzusuchen, um ihm die Wünsche der Bevölkerung in dieser Angelegenheit vorzutragen.

Die Finanzaufsicht über Deutschland.

Berlin, 21. Juli. Die „Kreuzzeitung“ bringt heute als einziges Berliner Blatt den Wortlaut des Memorandums des Garantieausschusses zur Veröffentlichung. Wir geben im Auszug das Wichtigste aus dem sehr umfangreichen Dokument wieder:

A. Nachprüfung.

1. Einnahmen und Ausgaben.

1. Beim Reichsfinanzministerium werden zwei Vertreter der ständigen Delegation des Garantiekomitees besonders beglaubigt werden, von denen der eine sich insbesondere mit den Einnahmen, der andere mit den Ausgaben des Reiches befassen wird. 2. Jeder von ihnen wird besonders mit dem zuständigen Staatssekretär im Reichsfinanzministerium in Verbindung stehen. 3. Die deutsche Regierung wird durch Vermittlung dieser Delegierten unaufgefordert dem Garantiekomitee nachstehende Schriftstücke zur Kenntnisnahme übermitteln:

a) Den Entwurf des Reichshaushaltplans für das nächste Haushaltsjahr; b) alle Gesetzentwürfe fiskalischer Art; c) jeden Antrag auf einen Nachtragskredit zu den im Haushalt vorgesehenen Krediten, den die Reichsregierung im laufenden Haushaltsjahr im Reichstag einzubringen beabsichtigt; d) jede Entscheidung des Reichsfinanzministers, durch die einem Ministerium ein über die im laufenden Haushaltsplan genehmigten Kredite hinausgehender Ergänzungskredit bewilligt worden ist. Diese Mitteilung wird in Gestalt einer monatlichen Uebersicht gemacht werden; e) Abschrift der monatlichen Kassenabschlüsse, die jede Zentralbehörde dem Reichsfinanzministerium einreicht und in denen für jedes Kapitel des Reichshaushaltplanes angegeben ist:

1. Der Betrag der Ausgaben, die für Rechnung dieses Kapitels im vorhergehenden Monat gemacht sind; 2. der Betrag, der für Rechnung dieses Kapitels seit Beginn des Rechnungsjahres gemachten Ausgaben.

f) In regelmäßigen und bestimmten Zeitabschnitten eine Mitteilung über die vom Ersparniskommissar, der nach einer kürzlich von der deutschen Regierung getroffenen Entscheidung bestellt werden soll, erzielten Ergebnisse. Wenn die Einrichtung des Ersparnis-Kommissariats vollzogen ist, sollen die genannten regelmäßigen und bestimmten Zeitabschnitte im Einvernehmen mit der deutschen Regierung festgesetzt werden; g) zur gleichen Zeit wie den Landesfinanzämtern Abschrift der Verordnungen, in denen allgemein das Verfahren der Veranlagung und der Erhebung irgendeiner Steuer geregelt wird oder in denen eine bestehende Regelung geändert wird; h) die in der anliegenden Liste aufgeführten periodischen Uebersichten, über die die Delegierten alle für dienlich erachteten Aufklärungen erbitten können.

4. Die Delegierten und ihre Vertreter werden in ständiger Fühlung mit den beteiligten Stellen des Reichsfinanzministeriums diejenigen Auskünfte sammeln, die für das Komitee notwendig sind, um mit voller Kenntnis der Sachlage zu beurteilen: die Steuerprojekte, die Veranschlagung der Steuerverträge, die Veranschlagung der Ausgaben nach dem Haushaltentwurf. 5. Die Delegierten müssen außerdem diejenigen Maßnahmen kennen lernen, welche die Zentralverwaltung zu treffen beabsichtigt, um das Funktionieren der Steuergesetze und des Rechnungswesens sicher zu stellen. 6. Die Delegierten und ihre Vertreter haben insbesondere die Aufgabe:

a) sich davon zu vergewissern, daß ohne besondere Genehmigung der zuständigen Stelle keine Zahlung erfolgt ist, welche die im laufenden Haushalt vorgesehenen Kredite überschreitet; b) sich vom jeweiligen Stand der Veranlagung, von der Richtigkeit der Verbuchung, der rechnerischen Ergebnisse und von der Art der Aufstellung der Statistiken zu vergewissern; c) die Ursache von Verzögerungen kennen zu lernen, die bei der Veranlagung und Erhebung der Steuern festgestellt werden; d) sich Rechenschaft zu geben über die Tätigkeit, welche von dem Veranlagungsdienst bei Anwendung der gesetzlich vorgesehenen Prüfungsmaßnahmen ausgeübt, und welche von den Steuerhebestellen bei Anwendung der gesetzlichen Verwaltungsmaßnahmen entfaltet wird.

7. Die Delegierten werden ferner, soweit es sie angeht, über die Arbeiten und Ergebnisse des Buch- und Betriebsprüfungsdienstes unterrichtet werden. 8. Das Garantiekomitee hat davon Kenntnis genommen, daß die deutsche Regierung demnächst einen der Zentralverwaltung angegliederten beweglichen Nachprüfungsdienst schaffen wird, der dazu bestimmt ist, die dem Reichsfinanzministerium nachgeordnete Dienststelle zu inspizieren. Der Inhalt der Berichte der beweglichen Inspektionsbeamten wird, soweit er auf die Aufgabe des Garantiekomitees Bezug hat, dessen Delegierten mitgeteilt werden. Von Zeit zu Zeit können die Delegierten oder ihre Vertreter auf ihr Ansuchen die Inspektionsbeamten dieses Nachprüfungsdienstes zum Zweck der Vornahme von Stichproben begleiten. Bei diesen Stichproben werden sich die Beamten des Garantiekomitees die Notwendigkeit vor Augen halten, den Gang der Verwaltung nicht zu stören und das Geheimnis des Vermögens und der Angelegenheiten der Steuerzahler zu achten. Die Delegierten können event. mit Zustimmung des zuständigen Staatssekretärs Dienststellen bezeichnen, bei denen diese Stichproben stattfinden sollen. Im Falle der Nichtzustimmung seitens des Staatssekretärs werden die Gründe dem Garantiekomitee schriftlich mitgeteilt werden. Der oben genannte Nachprüfungsdienst soll am 1. November 1922 in Tätigkeit sein.

2. Schwebende Schuld.

Zur Aufgabe des Garantiekomitees gehört es, Maßnahmen zu treffen, die es ihm ermöglichen, jederzeit den genauen Stand der schwebenden Schuld zu erkennen und sich Rechenschaft zu geben über die Zahlungsmittel, die das Reichsfinanzministerium zur Deckung seiner Ausgaben verwendet. Zu diesem Zweck wird einer der in der Ziffer 1 des Kapitels 1 dieses Memorandums vorgesehenen Delegierten oder einer ihrer Vertreter von der deutschen Regierung bei dem Reichsfinanzministerium für diese Aufgabe besonders beglaubigt werden. Das Reichsfinanzministerium wird diesem Beamten Abschriften der vom Reichsfinanzministerium herausgegebenen und in der anliegenden Liste aufgeführten Aufstellungen über die staatlichen Einnahmen und Ausgaben übersenden. Es folgen dann unter B ganz ausführliche Richtlinien für gesetzgeberische Maßnahmen zur Ergänzung des deutschen Kapitalfluchtgesetzes, die sich teilweise auf banktechnische Fragen beziehen, und weiterhin ganz detaillierte Leitsätze zu Ausführungsbestimmungen für ergänzende gesetzgeberische Maßnahmen zum Kapitalfluchtgesetz.

Unter C werden die gewünschten Statistiken angegeben: 1. Statistiken des Außenhandels; 2. Verkehrs- und Schiffahrtsstatistiken; 3. Produktions-Statistik; 4. Finanz-Statistik.

Die Anlagen enthalten eine Liste der periodischen Uebersichten, die in Artikel 3 b des Kapitels 1 vorgesehen sind, und zwar über den Stand der Veranlagung der Einkommensteuer; Uebersichten über die Zerlegung der Einnahmen aus der Einkommensteuer und Umsatzsteuer auf die einzelnen Veranlagungsjahre. Genaue monatliche Uebersichten über die Einnahmen aus der Lohnsteuer, getrennt nach dem Steuermarkenaufkommen und dem Aufkommen aus dem Ueberweisungsverfahren, werden erstmals vom Januar 1923 ab mitgeteilt werden. Von Oktober 1922 ab werden vierteljährlich Aufstellungen mitgeteilt werden, aus denen sich die Zahl der Steuerpflichtigen und die Zahl der eingegangenen Voranmeldungen auf dem Gebiete der Umsatzsteuer ergibt.

Die zweite Anlage umfaßt eine Liste der vom Reichsfinanzministerium aufzustellenden Uebersichten: 1. Tägliche Mitteilung über die Höhe der schwebenden Schuld; 2. die 10tägige Uebersicht über die Finanzen des Reichs nebst einer Uebersicht über die schwebende Schuld; 3. monatliche Uebersicht über die Einnahmen des Reichs an Steuern, Zöllen und Abgaben, der Einnahmen der Reichspost und Telegraphenverwaltung, der Verwaltung der deutschen Reichsbahn und über den Stand der schwebenden Schuld; 4. Vierteljahrs-Uebersichten vom zweiten Vierteljahrs-Beginn, also dreimal im Jahre über die Einnahmen und Ausgaben des Reichshaushalts; 5. endgültige Gesamtübersicht über die Einnahmen und Ausgaben des Reichshaushalts auf Grund des Jahresabschlusses der Reichshauptkasse.

Die Konsequenzen für Frankreich.

London, 21. Juli. „Daily Chronicle“ schreibt: Gerüchte bezüglich eines Abkommens über ein Moratorium für Deutschland sind naturgemäß verfrüht. Frankreich fordert Geld und wünscht es durch die deutsche Reparation zu erhalten. Aber Deutschland nähert sich dem Ende seiner finanziellen Leistungsfähigkeit und es wünscht seinerseits eine Anleihe von den Alliierten, aus der es die Reparation für Frankreich bestreiten kann. Eine internationale Anleihe aber könnte Deutschland nur gewährt werden, wenn vorher sein Kredit wieder hergestellt ist und das kann nur durch eine endgültige Regelung der Reparationszahlungen auf einer vernünftigeren Grundlage geschehen. Die Argumente bewegen sich im Kreise, da sich zeigt, daß Frankreich im Augenblick keine weiteren Geldzahlungen von Deutschland erhalten kann, wenn es nicht einen Verzicht auf einige seiner Reparationsforderungen zugesteht.

Neuenbürg.

I.

Oeffentliche Versteigerung

am **Montag, den 24. ds. Mts., abends 6 Uhr,** auf dem Rathaus:

7 Lose tann. Schlagraum

vom hinteren Hummelrain.

II.

Gemeindesteuern, Wohnungsabgabe und Holzgelder 1921/22.

Wir erinnern an die Bezahlung dieser verfallenen Schuldigkeiten. **Für Holzgelder werden nach Verfluß von 30 Tagen,** vom Abgabetag an gerechnet, **5% Verzugszinsen berechnet.**

III.

Bargeldlose Zahlungen

müssen auf den Ueberweisungskarten die Nummern der Rechnungen usw. tragen.

Den 22. Juli 1922.

Stadtpfleger Essich.

Gemeinde Schwann.

Stammholz- und Stangenverkauf.

Aus verschiedenen Abteilungen des Gemeindewalds kommen am

Freitag, den 28. Juli 1922,

vormittags 9 Uhr,

im Rathaus im öffentlichen Aufstreich zum Verkauf:

Nadelstammholz, 52 Fm. I.—VI. Klasse,
Sägholz, 31 Fm. I.—III. Klasse,
Buchenstammholz, 10 Fm. II.—VI. Klasse,
Eichenstammholz, 7 Fm. IV.—VI. Klasse.
Eichene Derbstangen 26 Stück, sowie **16 Bau-, 6 Hag- und 28 Hopfenstangen.**

Fuhrunternehmer-Vereinigung des Bezirks Neuenbürg u. Umgebung.

Versammlung

am **Sonntag, den 23. Juli, nachmittags 2 Uhr,** im **Hotel Maisch** in **Wildbad.**

Tages-Ordnung:

Besprechung verschiedener wichtiger Fragen.

Wildbad, den 19. Juli 1922.

Der Geschäftsführer:
Wilhelm Hammer.

Der Konsumverein Calmbach a. E.

hält am

Montag, den 24. Juli,

abends 8 Uhr, in der **„Krone“** eine außerordentliche

General-Versammlung

ab.

Tagesordnung:

Verschmelzung des Vereins mit dem Verein in Neuenbürg zu einem Bezirksverein.

Zu dieser wichtigen Tagung laden wir sämtliche Mitglieder ein, auch Höfener Mitglieder möchten vollzählig erscheinen.

Die Verwaltung.

Birkenfeld.

Einige **junge, kräftige**

Leute für Spezialarbeit

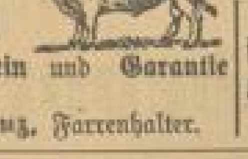
werden sofort eingestellt.

Oskar Schenck.

Gräfenhausen.

Einen

Zucht-Farren



mit **Schein** und **Garantie** verkauft

Wenz, Farrenhalter.

Zwei ordentliche, tüchtige

Mädchen

finden gute Stellung im

Kaffee Bührer, Pforzheim,
Schwarzwaldstraße 2.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Möbelhaus

Brüder W. & H. Bär Karlsruhe
Kaiserstr. 115

Offenburg
Hauptstr. 52
neb. Hotel Rhein. Hof

Bauzige Möbel

Mässige Preise.

Kostenl. Aufbewahrung bis zu 1 Jahr.
Lieferung frei nach Vereinbarung.

Wohnungs-Einrichtungen

Langenbrand—Höfen.

Hochzeits-Einladung.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am

Sonntag, den 23. Juli 1922
im Gasthaus z. „Ochsen" in Höfen
stattfindenden

Hochzeits-Feier

freundlichst einzuladen mit der Bitte, dies als persönliche Einladung entgegen zu nehmen.

Wilhelm Hölzle, Schreiner,
Sohn d. † Joh. Hölze, Schreinermeisters, Langenbrand.

Berta Bodamer,
Tochter des Wilhelm Bodamer, Sägers, Höfen.

Kirchgang um ½12 Uhr

Künstler Kuß Pforzheim am Marktplatz | *Kunstblätter alte und moderne Meister*
Besichtigung ohne Kaufzwang

Auf nach Birkenfeld!

Sonntag, den 23. ds. Mts.

großes Rad-Sportfest

Montag, den 24. ds. Mts.

großes Kinder-Fest

mit Volksbelustigung.

Konzert, Kesselfleisch, Schweinshaxen und sonstige Schweinereien.

Bier vom Faß in Maßkrügen.

Wer ausbleibt wird g'strost, aber jeder kommt guat ham.

Sepp Hutzl aus Feldmoching,
Mühle und Gasthaus z. „Sonne"
(am Sportplatz).

Jakobifest Teinach.

Hahnentanz. Volkstrachtenaufzug. Bauernwettrennen u. andere Volksbelustigungen
Sonntag, 30. Juli, nachmittags 3 Uhr.

Engelsbrand.
Sonntag, den 23. Juli findet im

„Gasthaus zum Rößle"

eine

Hundebörse

statt, wozu freundlichst einladet.

Chr. Knödler.

Kaufe

Gold, Platin, Silber
zur gewerblichen Verarbeitung.
August Metsch, Pforzheim,
Edelmetallhandlg., Enzstr. 39,
Telefon 3468.

Neuenbürg.
Solider Herr sucht für sofort hübsch möbliertes

Zimmer

in gutem Hause.
Offerten an
Müller, Turnplatz 346.

R. Hagmayer

z. „Schwanen"
Neuenbürg.

Schokoladen

in reicher Auswahl

Pralinen
Konfekt
Keks
Biskuits

in hübschen Packungen

Friedrichsdorfer Zwieback.

Stets frisch!
Größtenteils weit unter Tagespreisen.
Decken Sie sich ein!

Neuenbürg.
Zwei neue

Beerenpressen,

20 Liter Inhalt, hat preiswert zu verkaufen
Car. Geußle.

Alle Musik-Instrumente
für Haus und Orchester von den einfachsten Schüler- bis zu den feinsten Künstler-Instrumenten, **alles Zubehör, Saiten usw.** empfiehlt in reichster Auswahl

Musik-Haus Curth,
Großhandel und Einzelverkauf
Pforzheim, Leopoldstr. 17
(Arkaden Riebalsch — Roßbrücke)

!! Baumaterialien !!

Cement, Kalk,
Falzziegel, Biberschwänze,
Steinzeug- u. Cementröhren,
Glasziegel, Dachpappe,
Falzbaupappe, Backsteine,
Schwemmsteine,
Schlackensteine,
Chamottesteine,
Boden- und Wand-Beläge
in Waggonladungen ab Fabrik, kleinere Quantum ab Lager Wildbad zu den billigsten Tagespreisen.

Wilhelm Krauß,
Baumaterialien, Wildbad.

Hamburg-Amerika-Linie.
Vorzüglich eingerichtete
Dampfer
speziell III. Klasse, nach
Nord-, Mittel- u. Südamerika.
Auskünfte kostenlos durch deren Vertreter
Chr. Schmid & Sohn,
Wildbad, Fernruf 85.
Rascheste Erledigung von Schiffsplätzen auf telegr. Wege.

Schömberg.

Garbenbänder,

sehr starke, empfiehlt
Fr. Traub.

Engelsbrand.
Einen 7 Monate alten

Farren,

gut zur Zucht geeignet, setzt dem Verkauf aus
Fr. Lutz, Witwe.

Nutze dein Herdfeuer!

Dicke Bohnen, Räucherspeck
Hiermit kommst Du schnell vom Fleck,
Und wie kräftig ist das Essen!
Eins nur sollst Du nicht vergessen:
Nimm zu Nutzen und Komfort
Deine Wäsche) gleich mit vor.*

**) Persil, das selbsttätige Waschmittel, reinigt, bleicht u. desinfiziert die Wäsche in einmaligem kurzen Kochen u. bringt durch Mitbenutzung des täglichen Herdfeuers für die Wäsche größte Kohlenersparnis.*

Dresdner Bank

Kapital 550 Millionen Mark
Reserven rund 400 Millionen

Stuttgart Cannstatt
Heilbronn Ulm

Conweiler, 22. Juli 1922.

Todes-Anzeige.

Schmerzerfüllt erteilen wir Verwandten und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, unser guter, treubesorgter Vater

August Engelhardt,
Fabrik Arbeiter,

Samstag früh um 4 Uhr sanft in dem Herrn entschlafen ist.

In tiefer Trauer:
Die Gattin: **Luise Engelhardt,** geb. Rofer.
Die Kinder: **August und Luise.**

Beerdigung findet Sonntag nachmittag 5 Uhr statt.

Zahnarzt Dr. Fr. Müller

Calmbach, Höfenerstr. 289.

Sprechstunden: 9—12½ Uhr vormittags und 2½—4 Uhr nachmittags.

Behandlung von Krankenkassenmitgliedern.

2—3 Raummeter schönes

Buchenholz

gegen sofortige Kasse frei Haus Neuenbürg gesucht.
Angebote an
C. Meeh'sche Buchdruckerei.

Spezial-Geschäft

in Reisetaschen, Korbmöbeln, Korbwaren, Liegestühlen, Kinderwagen, Schirmen, Stöcken, Pfeifen, sämtlichen Küchengeräten in Holz.

Reparaturen an Pfeifen, Schirmen und Stöcken.

Gottlob Pfeiffer, Drechsler, Herrenalb,
Klosterstraße 7.

Ankauf von Geflügel!

Kaufe jedes Quantum **junge Hahnen, alte Hühner, junge Tauben,** ebenso **junge Gänse** und **junge Enten zum Schlachten.**

Adolf Blumental, Wildbad,
Fisch-, Wild- und Geflügelhandlung.

Neuenbürg.
Ein starkes

Läufer-Schwein

hat zu verkaufen
Wilhelm Breusch,
Wildbaderstraße 340.

Wildbad.

Zugelaufen

schwarz-weißer **Hund.**
Näheres
W. Schill, Villa Sophie.

Grunbach.
Setze eine Partie **alte**

Fenster

dem Verkauf aus, ebendaselbst

Zentrifugen

bei stärkster Entrahmung.
Jakob Kleile,
Schmiedmeister.

Neuenbürg.
Zu verkaufen ein kleineres

Pritschenwägele,

50×65 cm.
G. Heizmann.

Neuenbürg.
Tüchtige

Weißnäherin

ohne Lehrmädchen sofort gesucht.
Zu erfragen in der Enztäler-Geschäftsstelle.

Neuenbürg.

Stundenfrau

gesucht für **täglich einige Stunden Hausarbeit.**
Wo sagt die „Enztäler"-Geschäftsstelle.

Selbständiges

Dienstmädchen

nach **Pforzheim** für den Haushalt gegen gute Bezahlung gesucht.
Zu erfragen in der Enztäler-Geschäftsstelle.

Ein

Bügelmädchen

(Anfängerin) sucht
Schwarzwaldheim Schömberg.

Gesucht zum baldigen Eintritt ein

Mädchen

zum Servieren und für Zimmer, sowie ein

Mädchen

für Küche und Haushalt bei gutem Verdienst und guter Behandlung.
A. Westermann,
Hotel grüner Hof,
Gaggenau.

Gottesdienste in Neuenbürg

Sonntag, den 23. Juli 1922.
(6. Sonntag nach dem Dreieinigkeitsfest).
½10 Uhr Pred. (Röm. 6, 1—11. Lied 13):
Stadtvikar Geiger.
½2 Uhr Christenlehre (Töchter):
Stadtvikar Geiger.
Mittwoch abends 8 Uhr Bibelstunde (zugleich Vorbereitung auf das Abendmahl des nächsten Sonntags):
Stadtvikar Geiger.

Katholisch. Gottesdienst in Neuenbürg

Samstag, den 22. Juli 1922.
½7 — ½8 Uhr ab. Beichtgelegenheit.
Sonntag, den 23. Juli 1922.
½8 Uhr morgens Frühgottesdienst vorher und nachher Beichtgelegenheit u. Austeilung der Hl. Kommunion.
9 Uhr Predigt und Amt.
½2 Uhr nachm. Christenlehre und Andacht.
An den Werktagen ist der Gottesdienst um 6 Uhr.

Methodisten-Gemeinde

Unt. Gartenstraße Nr. 67½
(Prediger E. Lang).
Sonntag vorm. ½10 Uhr Predigt.
" 11 Uhr Sonntagschule.
Mittwoch abend 8 Uhr Bibelstunde.

Zweites Blatt

№ 169.

Französische …

Taunus, Odenwald … deutsch-französ…